

## Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung .....	1
Hessisches Beihilferecht .....	1
II. Aktuelles aus der Rechtsprechung:	
1. Präventive Operation beihilfefähig .....	3
2. Strukturausgleich nach § 12 Abs. 1 TVÜ-H soll sich nach der „originären“ Vergütungsgruppe bestimmen .....	5
III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen und Personalvertretungsrecht .....	6
1. Hessische Entgelttabellen veröffentlicht .....	6
2. Wahlleitfaden zu den Wahlen nach dem HPVG im Mai 2016 .....	6
IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten .....	6
V. Aktuelles auf Rehmnetz .....	7
1. Blog zum Beamtenrecht .....	7
2. Archiv des HBR-Newsletters .....	7

### I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

#### Hessisches Beihilferecht

Im Newsletter Nr. 01/2015, S. 1 hatten wir über die geplante Änderung der HBeihVO berichtet. Es wird bereits viele gewundert haben, warum die Änderungsverordnung noch nicht im GVBl. erschienen ist. Wie sich jetzt zeigt, ist der ursprüngliche Entwurf mit dem zentralen Punkt des **Wegfalls der sogenannten „Wahlleistungen“** zurückgezogen worden. Nunmehr ist jetzt im Rahmen der Beteiligungsverfahren eine Neufassung der 13. Verordnung zur Änderung der Hessischen Beihilfeverordnung vorgelegt worden. Sie beinhaltet folgende Kernpunkte:

- Beihilfefähige Aufwendungen für **Heilpraktikerinnen bzw. Heilpraktiker** werden jetzt in der neuen, eigenen Anlage 4 aufgelistet. Daraus ist dann zu ersehen, welche Aufwendungen im Einzelnen beihilfefähig sind (§ 5 Abs. 1 Satz 5 HBeihVO sowie Anlage 4 hierzu).
- Der bisherige generelle Anspruch von Beihilfeberechtigten und den berücksichtigungsfähigen Angehörigen auf sogen. **stationäre Wahlleistungen** (sogen. „Chefarztbehandlung“ und „Zweitbettzimmer“)

entfällt (Änderung des § 6 Abs. 1 Nr. 6 HBeihVO).

- Als Alternative zum Wegfall der Wahlleistungen wird eine Regelung aufgenommen, wonach auch künftig auf diese Leistungen unter folgenden Voraussetzungen besteht:
  - a) Wenn innerhalb einer **Ausschlussfrist** gegenüber der zust. Beihilfestelle erklärt wird, dass diese **Leistungen auch künftig in Anspruch genommen werden** sollen. Die Ausschlussfrist beginnt am 1.11.2025 für diejenigen, die an diesem Tag beihilfeberechtigt sind, am 1.11.2015 für diejenigen, die an diesem Tag beurlaubt sind und ansonsten (Neueinstellungen, Abordnung oder Versetzung in den Geltungsbereich der HBeihVO) mit dem Tag des Entstehens der Beihilfeberechtigung.
  - b) Die Frist beträgt je nach Fallgestaltung 3 bzw. 6 Monate (§ 6a Abs. 1 HBeihVO).
  - c) Allerdings besteht der Anspruch nur dann, wenn die bzw. der Beihilfeberechtigte einen **Betrag von 18,90 € mtl.** zahlt. Die Höhe gilt auch für Teilzeitbeschäftigte. Der Betrag soll von den monatlichen Bezügen einbehalten werden. Es besteht also keine Notwendigkeit des Abschlusses einer pri-

vaten Zusatzversicherung (§ 6a Abs. 2 HBeihVO). Wird die Zahlungsverpflichtung über einen Zeitraum von 3 Monaten nicht erfüllt, erlischt der Anspruch auf Wahlleistungen.

- Im Falle der **häuslichen Pflege** sind die Aufwendungen für Pflegekräfte analog den Regelungen des § 36 SGB XI beihilfefähig (§ 9a HBeihVO).
- Gleiches gilt für Aufwendungen bei **teilstationärer Pflege**, bei **Kurzzeitpflege** und bei **vollstationärer Pflege** (§§ 9b, 9c HBeihVO). Soweit zu erkennen, werden keine inhaltlichen Änderungen, sondern redaktionelle Anpassungen und Zusammenfassungen bisher getrennter Regelungen vorgenommen.
- Eine **professionelle Zahnreinigung** pro Jahr wird in den Katalog der prophylaktischen Maßnahmen verlagert (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 HBeihVO).
- Ferner erfolgen einige redaktionelle Klarstellungen. So wird z. B. der Begriff „Zuckerkrankheit“ ersetzt durch den Begriff „Diabetes“ (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 HBeihVO).

Die Neuregelung hinsichtlich der Wahlleistungen orientiert sich u. a. an dem „rheinland-pfälzischen Modell“. Nach dortigem Recht besteht der Anspruch gegen Zahlung von 26,00 € pro Monat. Eine Rechtsgrundlage für die Umsetzung eines solchen Modells wurde bereits durch das „Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts der kommunalen Wahlbeamten“ vom 28. März 2015 kurzfristig geschaffen. In § 80 Abs. 5 HBG heißt es nunmehr:

*„Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Regelungen zu treffen, insbesondere über ... die Gewährung von Beihilfen für Wahlleistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung gegen Zahlung eines monatlichen Beitrags und einer zusätzlichen Eigenbeteiligung bei der Wahlleistung gesondert berechnete Unterkunft...“.*

Ohne diese Ergänzung wäre es nicht möglich, dass die HBeihVO für diese Kosten (Inanspruchnahme von Wahlleistungen) eine anteilige Berücksichtigung vorsehen würde. Insoweit ist auch die Begründung für diese Änderung (S. 9, LT.-Drucks. 19/1710 v. 10.03.2015) in der Sache zutreffend.

Die Änderungen sollen mit Wirkung zum 1.11.2015 in Kraft treten (Art. 2 der 13. Verordnung zur Änderung der HBeihVO).

Die Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Es ist damit zu rechnen, dass sie wie geplant zum 1.11.2015 in Kraft treten.

#### Fundstelle Änderung des § 80 Abs. 5 HBG:

Art. 5 Nr. 2 des Gesetzes zur Modernisierung des Dienstrechts der kommunalen Wahlbeamten und zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften v. 28.3.2015, GVBl. 2015, S. 158 <160, 161>. Die Neufassung ist seit dem 10.4.2015 in Kraft (Art. 14 des Gesetzes a. a. O., S. 166).



#### Produktipp

##### **Hessisches Bedienstetenrecht – HBR**

v. Roettken / Rothländer

##### **Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht**



Loseblattwerk in 4 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9511-7  
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roettken / Rothländer

##### **Teil IV: Beamtenrecht**

##### **Die umfassende Neukommentierung!**

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 8 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9811-8  
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

## II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

### 1. Präventive Operation beihilfefähig

Als im Mai 2013 Hollywood-Stars wie z. B. Angelina Jolie öffentlich machten, dass sie sich wegen einer familiären erblichen Vorbelastung vorbeugend einer Brustamputation unterzogen haben, löste das in den Medien ein unterschiedliches, aber in der Mehrheit zustimmendes Echo aus. Der heutige Stand der Medizin lässt es zu, festzustellen, ob z. B. ein erhöhtes Risiko für eine spätere Krebserkrankung besteht, und versetzt damit die bzw. den Betroffenen in die Lage, eine Entscheidung für oder eben auch gegen eine präventive Operation zu treffen.

Diese Möglichkeit hat jetzt auch das Hessische Beihilferecht und die Rechtsprechung erreicht. Wir zitieren die gekürzte Entscheidung weitestgehend im Wortlaut:

#### Der Ausgangsfall:

Die Klägerin, eine 1975 geborene Beamtin, begehrt im Rahmen der Beihilfe die anteilige Erstattung der Aufwendungen einer **prophylaktischen Brustoperation mit Implantatrekonstruktion** aufgrund einer **BRCA-2-Genmutation**.

Sie stammt aus einer Familie mit erheblicher Vorbelastung für Brust- und Eierstockkrebs. Nachdem bereits zwei Verwandte der Klägerin in direkter mütterlicher Linie an Brustkrebs erkrankten, unterzog sich die Klägerin einer molekulargenetischen Untersuchung, die ergab, dass sie – ebenso wie bereits ihre Mutter – an einer BRCA-2-Genmutation leidet.

Bei diesem Krebsdispositions-Syndrom besteht für die betroffenen Frauen ein deutlich erhöhtes Risiko, an Brust- oder auch an Eierstockkrebs zu erkranken. Das Brustkrebsrisiko liegt in derartigen Fällen lebenslang bei rund 80 %, das Eierstockkrebsrisiko bei rund 30 %. Dieses Risiko ist im Vergleich zum Risiko der Allgemeinbevölkerung mit einem lebenslangen Brustkrebsrisiko von ca. 10 % und einem lebenslangen Eierstockkrebsrisiko von ca. 2 % insoweit erheblich erhöht. Die Klägerin ist als Hochrisikopatientin eingestuft und in ein entsprechendes Programm mit humangenetischer Beratung aufgenommen.

Am 28.1.2013 wandte sich die Klägerin an die Beihilfestelle bei dem Regierungspräsidium und bat um Mitteilung, ob im Rahmen der beamtenrechtlichen Beihilfegewährung eine Kostenzusage für eine beabsichtigte beidseitige Brustoperation, hier in Form einer vorbeugenden Entfernung der Brust (Mastektomie) mit gleichzeitiger Rekonstruktion, erteilt werden könne. Das Regierungspräsidium beschied die Klägerin unter dem 11.2.2013 dahingehend, dass



## Produktipp



### PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor

**Erfolgreiches Personalmanagement hat viele Facetten.  
Bei PöS finden Sie alle!**

Modernes Personalmanagement bedeutet, mit der Ressource Personal so umzugehen, dass die Ziele der jeweiligen Behörde oder Kommunalverwaltung erreicht und dabei zugleich die Bedürfnisse der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden.

**Mehr zum Thema und alle Produkte aus unserer PöS-Reihe finden Sie auf unserer Themenseite.**

[\[>>> Direkt zur Themenseite\]](#)

die Kosten einer so genannten prophylaktischen Operation bei der Klägerin als „gesunder BRCA-2-Gen-Trägerin“ nicht beihilfefähig seien. Mangels krankhaften Befundes würden die Voraussetzungen des § 6 HBeihVO nicht vorliegen.

Hiergegen erhob die Klägerin mit Schreiben vom 19.02.2013 Widerspruch. Sie trug vor, sie sei zwar nicht an Krebs erkrankt, wolle aber gerade dieses mit dem geplanten Eingriff verhindern.

Mit Widerspruchbescheid vom 18.03.2013 wies das Regierungspräsidium den Widerspruch zurück und führte dabei im Wesentlichen aus, es handele sich um eine prophylaktische Maßnahme. Daher sei eine Krankheit im Sinne der HBeihVO nicht anzunehmen. Ebenso biete § 10 HBeihVO keine Grundlage zur Kostenerstattung, denn dort seien nur Aufwendungen bei Früherkennungs- und Vorsorgemaßnahmen vorgesehen. Prophylaktische Brustoperationen seien dagegen nicht erfasst.

Am 18.4.2013 hat die Klägerin über ihren Bevollmächtigten Klage vor dem erkennenden Gericht erhoben.

#### Die Entscheidungsgründe:

Die Klage ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht erhoben, und in der Sache auch begründet.

Ausgangspunkt der rechtlichen Würdigung des klägerischen Begehrens sind die Vorschriften der HBeihVO. Beihilfefähig sind gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 HBeihVO nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften Aufwendungen dann, wenn sie dem Grunde nach notwendig und soweit sie der Höhe nach angemessen sind. Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 6 HBeihVO sind die Aufwendungen für ärztliche Leistungen sowie für stationäre Krankenhausleistungen beihilfefähig, wenn sie „aus Anlass einer Krankheit“ entstanden sind.

Mit dem beklagten Land ist davon auszugehen, dass alleine das Vorhandensein des BRCA-2-Gens keine Krankheit der Klägerin im hier maßgeblichen beihilferechtlichen Sinne darstellt (wird ausgeführt).

Hieraus ergibt sich, dass die Klägerin ihren Anspruch nicht auf die Vorschriften der HBeihVO stützen kann.

Allerdings ist zu bedenken, dass die Gewährung von Beihilfen ihre Grundlage in der Fürsorgepflicht des Dienstherrn hat. In dem verfassungsrechtlich durch

Art. 33 Abs. 5 GG geschützten Kernbereich der Fürsorgepflicht hat der Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass der Beamte im Krankheitsfall nicht mit unzumutbaren Kosten oder Risiken belastet bleibt. Jedoch gebietet die verfassungsrechtliche Fürsorgepflicht keine lückenlose Erstattung aller Kosten, die durch die Leistungen einer beihilfekonformen Krankenversicherung nicht gedeckt sind. Grundsätzlich können bestimmte Leistungen von der Beihilfe ausgeschlossen werden, solange dadurch der Maßstab des medizinisch Gebotenen nicht unterschritten wird. Nicht ausgeschlossen werden darf eine Leistung aber dann, wenn der absehbare Erfolg einer Maßnahme von existenzieller Bedeutung ist.

Einfachgesetzlich hat die vorstehend erörterte Fürsorgepflicht ihren Niederschlag in § 45 BeamStG, § 80 HBG sowie in den Vorschriften der auf der Grundlage der Ermächtigung in § 80 Abs. 5 HBG erlassenen HBeihVO gefunden. Wie insbesondere die Regelung des § 80 Abs. 3 HBG zeigt („Beihilfen werden in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen, für Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge, zur Früherkennung von Krankheiten, bei Schutzimpfungen, nicht rechtswidrigen Sterilisationen und nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbrüchen gewährt“), handelt es sich bei den Bestimmungen der HBeihVO um eine insoweit grundsätzlich abschließende Konkretisierung der Fürsorgepflicht mit der Folge, dass ein Rückgriff auf die Generalklausel des § 45 BeamStG mit dem Ziel der Erweiterung der durch die Spezialvorschriften der HBeihVO begrenzten Ansprüche regelmäßig nicht in Betracht kommt.

Ausnahmsweise allerdings kann ein Rückgriff auf die Fürsorgepflicht dann in Betracht kommen, wenn der in Rede stehende Sachverhalt in der HBeihVO nicht geregelt ist, aber gleichzeitig die Feststellung zu treffen ist, dass die Fürsorgepflicht eine entsprechende Regelung gebietet und keine Zweifel daran bestehen können, dass der Verordnungsgeber – wäre ihm das fürsorgepflichtwidrige Fehlen der Regelung bewusst – die Aufwendungen für die konkret im Streit stehende Maßnahme (hier: prophylaktische Brustoperation) als beihilfefähig geregelt hätte.

Fürsorgepflichtwidrig kann das Unterlassen einer entsprechenden Regelung namentlich dann sein, wenn die Versagung der Beihilfefähigkeit bestimmter Aufwendungen dem Gebot gleichmäßiger Fürsorgegewährung zuwiderläuft.



....

Bei diesen Gegebenheiten und angesichts des häufig tödlichen Verlaufs einer Krebserkrankung begründet die nicht gleichmäßige Fürsorgegewährung in dem hier maßgeblichen Kontext eine eklatante Verletzung der Fürsorgepflicht, sie wird in ihrem Wesenskern getroffen. Dabei steht nach Auffassung des Gerichts nicht alleine die Frage der Zumutbarkeit der Kostentragung für die betroffene Beamtin im Vordergrund. Bedeutsam ist vielmehr auch, dass unter den beschriebenen Umständen eine Beamtin, der Fürsorge zu gewähren der Dienstherr in besonderer Weise verpflichtet ist, vor der Entscheidung steht, ob sie dem mit ganz überwiegender Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Ausbruch der Krebserkrankung tatenlos entgegenblickt oder aber sich für eine Operation entscheidet, die zweifellos tiefgreifende Auswirkungen für das künftige Leben der Beamtin hat. In diesem Zusammenhang darf die Frage der Kostenlast nicht von entscheidender Bedeutung sein; dem Kerngehalt der Fürsorgepflicht entspricht es nach Auffassung des erkennenden Gerichts, die Beamtin bei der zu treffenden Entscheidung wegen deren existenziellen Auswirkungen von finanziellen Erwägungen freizustellen.

Demzufolge waren die angegriffenen Bescheide des Regierungspräsidiums aufzuheben (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO). Das beklagte Land war zu verpflichten, die im Rahmen der prophylaktischen Brustoperation entstandenen Kosten als beihilfefähig anzuerkennen (§ 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO).

Die **Berufung** war gemäß § 124 a Abs. 1 in Verbindung mit § 124 Abs. 2 Nr. 3 VwGO wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache **zuzulassen**.

VG Darmstadt, 1. Kammer, v. 13.05.2015, Az.: 1 K 491/13.DA

**Hinweis:** Seitens des HMdLuS wird offensichtlich nicht der Versuch unternommen, im Rahmen der 13. Verordnung zur Änderung der HBeihVO eine Regelung aufzunehmen, die solche präventiven Operationen von der Beihilfefähigkeit ausschließen (s. unter I. Nr. 1).

## 2. LAG Hessen: Strukturausgleich nach § 12 Abs. 1 TVÜ-H bestimmt sich nach der „originären Vergütungsgruppe“

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat das LAG Hessen entschieden, dass es sich aufgrund des konkreten

Ablaufes der Tarifverhandlungen zum Strukturausgleich in Hessen ergebe, dass

*„... ein Strukturausgleich nach § 12 Abs. 1 TVÜ-H nur in den Fällen in Betracht kommt, in denen zum Stichtag der Bedienstete noch immer gemäß seiner „originären“ Vergütungsgruppe vergütet wurde und ein Aufstieg noch nicht stattgefunden hatte“.*

*(Hess. LAG v. 21.01.2015, Az.: 2 Sa 552/13 - juris -)*

Dies bedeutet, dass bei Beschäftigten, die im Dezember 2009 einer Verg. Gruppe angehörten, die im Rahmen eines Bewährungsaufstieges etc. erreicht wurde, bei der Prüfung, ob ihnen ab Januar 2012 oder später ein Strukturausgleich nach § 12 Abs. 1 TVÜ-H i. V. mit der Anlage 3 zum TVÜ-H zusteht, nicht diese Vergütungsgruppe zu Grunde gelegt werden soll, sondern die Verg. Gruppe, aus der heraus der Bewährungsaufstieg etc. erfolgte. Als zentrale Begründung für diese Entscheidung wird angeführt, dass sich diese Auslegung aus dem „konkreten Ablauf der Tarifverhandlungen zum Strukturausgleich in Hessen“ ergebe. Die Folge wäre, dass in vielen Fällen kein Anspruch auf Strukturausgleich besteht. Als zentrale Begründung wird angeführt, dass sich diese Auslegung aus dem Verlauf der hessischen Verhandlungen im Sommer 2009 ergebe. In den Verhandlungen seien unterschiedliche Varianten des Strukturausgleichs besprochen worden. Auch wenn sich das konkrete Ergebnis (= maßgebend sei die „originäre“ Vergütungsgruppe) nicht im Wortlaut der Regelung niederschläge, so sei doch anzunehmen, dass dies gemeint sei.

Mit dieser Entscheidung wird die anderslautende Entscheidung der Vorinstanz, ArbG Gießen v. 25.1.2013, Az.: 10 Ca 293/12, aufgehoben. Sie steht aber auch im Widerspruch zur insoweit anderslautenden Entscheidung des ArbG Frankfurt a. M. v. 1.7.2014 (Az.: 10 Ca 7930/13), zudem zu den Entscheidungen des BAG zum Bereich des **§ 12 Abs. 1 TVÜ-Länder** (BAG v. 18.10.2012, ZTR 2013, S. 86 = RiA 2013, S. 208) sowie zum **§ 12 Abs. 1 TVÜ-Bund** (BAG v. 22.4.2010, Az.: 6 AZR 962/08; 15.1.2015, NZA 10/2015, S. 640 LS 1). Die jeweiligen Regelungen sind wörtlich und systematisch identisch.

Hess. LAG v. 21.01.2015, Az.: 2 Sa 552/13 – juris –. Gegen die Entscheidung des Hess. LAG ist die Revision zum BAG zugelassen worden. Diese ist auch eingelegt. Das Verfahren wird beim BAG unter dem Az.: 6 AZR 374/15 geführt.

### III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen und Personalvertretungsrecht

#### 1. Hessische Entgelttabellen veröffentlicht

Die sich aus dem 2015er Tarifiergebnis zum TV-H ergebenden neuen Entgelttabellen, die Tabellen für die Bereitschaftsdienstentgelte etc. sind mittlerweile veröffentlicht (StAnz. 2015, S. 786 ff.). Damit können die Werte dort nachgesehen werden. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe (Mitte September 2015) war der jeweilige Wortlaut der Änderungstarifverträge, wie er sich nach dem 2015er Tarifiergebnis ergibt, noch nicht im StAnz. veröffentlicht. Das Unterschriften- und Veröffentlichungsverfahren dauert mithin noch an.

#### 2. Leitfaden zu den Wahlen nach dem HPVG im Mai 2016

Im Mai 2016 finden die regelmäßigen Wahlen zu den Personalvertretungen sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretungen nach dem HPVG bzw. der WO-HPVG statt. In 4. Auflage wird hierzu wieder ein Wahlleitfaden auf CD-ROM erscheinen. Er enthält eine ausführliche Darstellung der einzelnen Schritte, eine detaillierte Beschreibung zum aktiven und passiven Wahlrecht, Beispiele zur Berechnung der Gruppengröße, der anteiligen Repräsentanz von Frauen und Männern sowie zur Sitzverteilung nach erfolgter Wahl. Ferner einen elektronischen Fristenrechner, mit dem die Fristen und Termine, die ein Wahlvorstand beachten muss, errechnet werden können. Ein Terminkalender für die Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen ist ebenfalls enthalten. Abgerundet wird das Angebot durch den Abdruck sämtlicher amtlicher Vordrucke, die durch speziell für diesen Leitfaden entwickelten Vordrucke ergänzt werden. Diese können online ausgefüllt und

dann ausgedruckt werden. Inhaltlich berücksichtigt, wenngleich noch ohne Fundstelle, sind die geplanten Änderungen in der Wahlordnung (elektronische Kommunikation) sowie die, durch das neue Hessische Gleichberechtigungsgesetz ab dem 1.1.2016 geplante Unvereinbarkeit der Funktion einer (dann) Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit einem Personalratsmandat. Alle Änderungen werden erst Ende des Jahres feststehen, darüber werden wir gesondert informieren.

Der Leitfaden wird Ende 2015 erscheinen. Weitere Details stehen derzeit nicht fest, wir werden rechtzeitig informieren. Die Bezieher des HBR werden mit der Ergänzungslieferung im Januar 2016 automatisch ein Exemplar dieser CD-ROM erhalten.

### IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

#### September 2015:

305. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
Tarifrecht  
Tarifverträge, durchgeschriebene Fassungen  
TVöD

#### Oktober 2015:

306. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
148. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
Kommentierung zum HBG

#### November 2015:

307. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
82. Aktualisierung der Teilausgabe I  
Kommentierung zur WO-HPVG

308. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
149. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
Kommentierung zum HBG, Vorschriften

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

## V. Aktuelles auf Rehmnetz

### 1. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[BVerfG und Beamtenrecht: Klare Strukturen erwünscht](#)

[BVerfG zur Mindestbesoldung von Beamten](#)

[Richterinnen und Polizistinnen mit Kopftuch?](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

### 2. Archiv des HBR-Newsletters

Alle bisherigen Ausgaben unseres kostenlosen HBR-Newsletters finden Sie [hier](#).

#### **Sie möchten unseren Newsletter weiterempfehlen?**

Hier kann man sich für ihn anmelden: Einfach auf <http://www.rehmnetz.de/beamtenrecht/die-dienstrechtsreform/> gehen und im Kasten „Newsletter HBR“ auf „Anmelden“ klicken.

Wenn Sie im Rehmnetz unter „**Login**“ ein eigenes Konto als Nutzer/in anlegen, finden Sie unter „**Mein Rehmnetz**“ die Rubrik „**Newsletter**“ mit einer Liste aller Infodienste, die Sie abonnieren können. Dieser Service und die Registrierung sind selbstverständlich **kostenlos** für Sie!

#### **Impressum:**

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München & Heidelberg,  
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg  
E-Mail: [claudia.luz@hjr-verlag.de](mailto:claudia.luz@hjr-verlag.de)  
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

#### **Abbestellen:**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an [hbr@hjr-verlag.de](mailto:hbr@hjr-verlag.de).

#### **Disclaimer:**

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2015, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg